

Impulspapier zu einem neuen Leitbildentwurf der VÖÖ: Wirtschaft ohne Wachstum

Niko Paech und Peter Finke, August 2010

Inhalt

1	Vorbemerkung: Ein neues Leitbild für die VÖÖ – warum?	2
2	Die VÖÖ als Plattform für eine wachstumskritische Nachhaltigkeitsauslegung.....	3
3	Neuaufgabe der Wachstumsdiskussion	4
4	<i>Wirtschaft ohne Wachstum</i> als neues Leitbild der VÖÖ	6
5	Wachstum ist keine Option für das 21. Jahrhundert	9
5.1	Die ökologische Entkopplung des Wachstums scheitert systematisch	9
5.2	Wachstum stiftet ab einem gewissen Einkommensniveau kein weiteres „Glück“	10
5.3	Wachstum als Garant für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit?	12
6	Konturen einer Wirtschaft ohne Wachstum	14
7	Schlussbemerkung: Eine lohnende Rolle für die VÖÖ	17
	Literatur	17

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: „Leitbildsonne“	8
Abbildung 2: Rückbau des geldbasierten Industriesystems	15
Abbildung 3: Fünf Komponenten der Postwachstumsökonomie.....	16

1 Vorbemerkung: Ein neues Leitbild für die VÖÖ – warum?

Obwohl die VÖÖ versucht hat, in den bisher 14 Jahren ihrer Existenz eine lebendige, an den aktuellen Diskussionen orientierte Vereinigung zu bleiben, erscheint es heute doch aus mindestens drei Gründen notwendig, unsere Arbeit nicht unverändert fortzusetzen, sondern ihr eine neue Richtung zu geben.

Erstens ist unverkennbar, dass die Themen, die diese Arbeit geprägt haben, zwar nach wie vor aktuell sind, dass sie aber inzwischen von Entwicklungen und Zusätzen überlagert werden, denen wir bisher nicht in dem Maße, wie es nötig gewesen wäre, programmatisch gefolgt sind. Die bisherigen Themen kreisten vor allem um den Begriff der Nachhaltigkeit, und dies auch zu Recht. Von den nötigen kulturellen Veränderungen zu ernsthafter, umfassender Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind wir noch weit entfernt; deshalb geht es auch nicht um einen Bruch mit diesem Zentralthema der VÖÖ, sondern um Kontinuität im Wandel. Heute steht allerdings ohne Zweifel das noch immer verbreitete Wachstumsdogma im Mittelpunkt der nötigen Kritik. Wir schlagen deshalb vor, eine entschiedene Wachstumskritik zum Zentrum der Idee von Nachhaltigkeit zu machen, für die die VÖÖ steht.

Zweitens ist das scharfe Profil, das die VÖÖ zu Beginn ihrer Tätigkeit allein deshalb hatte, weil es nur wenige Mitstreiter auf dem damals neuen Feld gab, im Laufe der Jahre blasser geworden. Das Konzert der tatsächlichen oder angeblichen Nachhaltigkeitsbefürworter ist derart vielstimmig geworden, dass die klare Stimme der VÖÖ darin nicht mehr so deutlich vernehmbar ist wie früher. Es ist deshalb auch verständlich, wenn in dieser Lage sogar Stimmen laut werden, die den Sinn einer Fortexistenz der VÖÖ als eigenständiger Vereinigung in Zweifel ziehen. Hierdurch würde aber unser Profil tatsächlich verwässert werden, was angesichts des weiterhin nötigen Eintretens für unsere Ziele kontraproduktiv wäre. Stattdessen möchten wir vorschlagen, dieses Profil wieder zu schärfen, indem wir unsere unverändert aktuellen Ziele mit den neuen Entwicklungen auf theoretischen und praktischen Feldern verbinden und die VÖÖ als klare Kritikerin der Wachstumsillusionen profilieren.

Drittens schließlich hat die VÖÖ zu Beginn ihrer Tätigkeit ihre Ideen nicht nur artikuliert, sondern sie war sogar eine der wenigen Wortführerinnen des Nachhaltigkeitsgedankens. Diese Leitstellung spiegelte sich damals im starken Engagement nicht weniger Studierender und Nachwuchswissenschaftler aus der jüngeren Generation kritischer Ökonominen und Ökonomen in der VÖÖ. Es war damals nicht nur attraktiv, sich in der VÖÖ zu engagieren, sondern viele haben dies gern und mit großem Einsatz getan. Diese Begeisterung hat spürbar nachgelassen. Indem wir vorschlagen, die Programmatik der VÖÖ als Wachstumskritikerin in der hier erläuterten Weise fortzuschreiben, hoffen wir, unsere Vereinigung als Sammlungsort aller, die sich mit diesen Zielen identifizieren können, wieder attraktiver und stärker zu machen.

Die VÖÖ entstand aus der Intention heraus, zur gesellschaftsweiten Verankerung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Zudem sah und sieht sie sich als Disziplinen übergreifendes Netzwerk, welches die Nachhaltigkeitsdiskussion

mit kritischen und konstruktiven Impulsen begleitet. Eine derartige Schrittmacherfunktion setzt voraus, neue Herausforderungen zu erkennen und daraus gegebenenfalls notwendige Veränderungen oder Anpassungen der geltenden Nachhaltigkeitskonzeption abzuleiten. Ein Blick auf die Dogmenhistorie der Nachhaltigkeitsdebatte legt – in grober Vereinfachung – zwei sich diametral gegenüberstehende Strategien offen. Wir nennen sie die „Entkopplungsstrategie“ und die „Wirtschaft ohne Wachstum“.

Vieles deutet darauf hin, dass ein Festhalten an der bislang dominanten Entkopplungsstrategie zu keiner zukunftsfähigen Auslegung des Nachhaltigkeitsbegriffs führen kann. Die neue aufkeimende Wachstumdiskussion bildet den unvermeidbaren Reflex auf das grandiose Scheitern der Entkopplungsstrategie. Das Krisendreigestirn aus ökologischen, ökonomischen (Finanz- und Ressourcenkrise) und sozialen Eskalationen (Flächennutzungskonflikte in Entwicklungs- und Schwellenländern) untermauert dies.

Wenngleich die VÖÖ angesichts ihrer Offenheit und konzeptionellen Breite durchaus auch wachstumskritische Tendenzen aufgegriffen hat, war eine hinreichend klare Positionierung innerhalb dieser Gemengelage bislang nicht erkennbar. Ein diesbezüglich geschärftes Leitbild entspräche keinem Bruch mit dem Werdegang der VÖÖ, sondern einer konsequenten Fortsetzung des Bestrebens, auf neue Herausforderungen an den Nachhaltigkeitsdiskurs mit adäquaten Antworten zu reagieren. Wer wenn nicht die VÖÖ sollte hierzu prädestiniert sein?

2 Die VÖÖ als Plattform für eine wachstumskritische Nachhaltigkeitsauslegung

Das Selbstverständnis der Vereinigung für Ökologische Ökonomie gründet darauf, Herausforderungen im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie zu reflektieren, ohne sich dem Vorbehalt auszusetzen, um jeden Preis anschlussfähig an momentan vorherrschende Standpunkte in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu sein. Damit unterscheidet sich die VÖÖ von anderen Netzwerken und wissenschaftlichen Akteuren aus den Bereichen Umweltökonomik, Ökologische Ökonomie und Nachhaltigkeit, insbesondere solchen, die nach Lösungen ausschließlich innerhalb dominanter kultureller und ökonomischer Systemlogiken suchen.

Zu den letzteren zählt der Wachstumsimperativ moderner Ökonomien. Vor dem Hintergrund eines eklatanten Versagens bisheriger Konzepte, die auf einer Vereinbarkeit von nachhaltiger Entwicklung und Wachstumsorientierung basieren, wäre nichts dringender als eine Analyse dieses Scheiterns sowie ein darauf aufbauender Ökonomieentwurf jenseits wirtschaftlichen Wachstums. Ein Blick auf die Nachhaltigkeitsinstitutionen innerhalb Deutschlands legt den überraschenden Befund offen, dass bis heute kein Netzwerk existiert, welches gezielt Organisationsformen für Wirtschaft und Gesellschaft eruiert, die sich eindeutig vom Wachstumsdogma distanzieren; hierbei liegt der Akzent auf „eindeutig“. Dies soll nicht als Kritik an den teilweise sehr agilen Netzwerken, Vereinigungen und Forschungseinrichtungen verstanden werden, die der Nachhaltigkeitsdiskurs hervor gebracht hat. Einigen davon kann überdies zu-

gestanden werden, dass sie die Wachstumsproblematik durchaus benennen. Allerdings erfolgt dies bestenfalls sehr vage und meistens mit der Zielsetzung oder gar unter dem Vorbehalt, der Suche nach Entkopplungsstrategien eine Priorität einzuräumen, „wirtschaftliche Entwicklung“ auf Basis eines „selektiven Wachstums“ zu erwägen oder sich einfach an einem anderen Wohlfahrtsmaß als dem BIP zu orientieren – so als könne allein damit eine Perspektive jenseits landläufiger Wachstumslogiken eröffnet werden. Vieles spricht dafür, dass die VÖÖ in besonderer Weise prädestiniert ist, die hier weiterhin bestehende Lücke zu schließen, so unter anderem die folgenden Gründe:

- Die Bearbeitung des vielschichtigen Wachstumssyndroms sprengt den Rahmen traditioneller wirtschaftswissenschaftlicher Methoden. Vonnöten ist ein transdisziplinärer Ansatz, wie er von der VÖÖ seit deren Gründung konsequent vertieft wird. Demgegenüber bleiben die meisten anderen Akteure in einem konservativeren wissenschaftstheoretischen Rahmen („Interdisziplinarität“).
- Dies schließt auch kritische Aspekte nicht aus, die ein grundsätzliches Überdenken herrschender Wissenschaftskonzepte erforderlich machen. Auch auf der metawissenschaftlichen Ebene ist die weithin eingeschränkte oder fehlende Offenheit gegenüber unkonventionellen Fragestellungen und Methoden für ein Verlassen der herrschenden Dogmen hinderlich.
- Die VÖÖ orientiert sich an einer integrativen Auffassung von natürlicher und kultureller Entwicklung, bei der die sozioökonomischen Fragen an einen vielfalt-schonenden Umgang mit beiden Bereichen gekoppelt sind. Sie bewahrt dabei eine kritische Distanz zu jenem Nachhaltigkeits-„Mainstream“, der technischen Fortschritt zwecks ökologischer Entkopplung wirtschaftlichen Wachstums akzentuiert, ansonsten die vorhandenen Wertschöpfungs- und Versorgungsstrukturen nicht in Frage stellt.

3 Neuaufgabe der Wachstumsdiskussion

Wer sich außerhalb des inzwischen populär gewordenen Nachhaltigkeits-Mainstreams stellt, muss mit viel Widerstand rechnen. Noch immer dominiert die Logik, wonach das gesellschaftliche Wohlergehen am Umfang der in Geld transferierten Wertschöpfung zu bemessen sei. Die Orientierung am BIP als maßgeblicher Faktor für soziale und ökonomische Stabilität gehorcht in aller Regel dem Mantra „viel hilft viel. Das Wachstumsdogma scheint eines der letzten Konsensfelder zu sein, an das sich eine ansonsten hoffnungslos ausdifferenzierte und in unüberschaubare Interessenstränge ausgefaserte Gesellschaft klammert. Wie unterschiedlich die politischen Auffassungen, Lebensstile oder kulturellen Prägungen auch sein mögen, in wenigstens einem Punkt herrschte bislang unerschütterliche Einigkeit: im Drang „zur Steigerung, zum Vorwärts, zum Mehr“¹.

¹ Gross 1994, S. 11

Nachdem der erste Bericht des Club of Rome² den Allmachtphantasien des unbegrenzt wuchernden Wohlstandsmodells zunächst einen Dämpfer versetzt hatte, wurde emsig an der Konzeption eines „qualitativen“, also von ökologischen Schäden „entkoppelten“ Wachstums gewerkelt. Dieser vermeintliche Friedensschluss zwischen ökonomischen Expansionsbestrebungen und ökologischer Bewahrung prägte schließlich auch den Mitte der achtziger Jahre ausgerufenen Nachhaltigkeitsdiskurs. Dessen wissenschaftlich fundierte Weiterentwicklung und Verfeinerung während der neunziger Jahre stand ganz im Zeichen zweier Entkopplungsszenarien, die zuweilen um Definitionshoheit angesichts der auslegungsbedürftigen Nachhaltigkeitsformel wetteifern. Während die Konsistenzstrategie (Ökoeffektivität, Biomimikry, Upcycling, Kreislaufwirtschaft, Bionik) durch geschlossene Stoffströme und regenerative Energien eine ökologisch vollständig eingebettete Wertschöpfung anpeilt, zielt die Dematerialisierungsstrategie darauf, den zur Bereitstellung eines bestimmten Wertschöpfungsergebnisses notwendigen Input an Energie, Materialien und anderen ökologisch relevanten Ressourcen zu minimieren, also die Ressourcenproduktivität zu steigern.

Trotz unterschiedlicher Mittel und Wege, auf denen diese beiden Ansätze beruhen, eint sie dieselbe Grundidee: Die Vermeidung unerwünschter Nebenfolgen weiterer Expansionsschübe wird an den technischen Fortschritt delegiert, der mit entsprechenden Innovationen aufwartet, um die Entkopplung zu bewerkstelligen. Und da diese Innovationen selbst besonders effektive Wachstumstreiber sind, wie spätestens seit Schumpeters Darlegungen zum Innovationswettbewerb als Wesenszug moderner Marktwirtschaften bekannt ist, gelingt so die magische Wandlung eines vormals problematischen in ein nunmehr „problemlösendes Wachstum“³. Der damit eröffnete Erwartungshorizont findet sich in verheißungsvollen Begriffen wie „doppelte Dividende“⁴, „Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halber Naturverbrauch“⁵, „Dritte (oder etwa schon vierte?) Industrielle Revolution“⁶ oder „Green New Deal“⁷ wieder. Anstelle einer Thematisierung des „Weniger“ erfolgt das Bekenntnis zu einem vermeintlich geläuterten „Anders“ oder „Besser“.

Gänzlich erübrigen soll sich damit die brisante Frage nach den Ursachen für Wachstumszwänge und deren Abmilderung. Niemandem sollen unbequeme Lebensstiländerungen oder gar eine Mäßigung materieller Selbstverwirklichungsansprüche zugemutet werden. Politik, Wirtschaft und Vertreter sozialer Belange verschaffen sich auf diese Weise eine perfekte Legitimation für das modifizierte, aber expansive Weiter-so.

Allerdings scheint sich diese Entkopplungseuphorie im Sinne der besten aller (Konsum-) Welten seit neuestem nicht mehr der gewohnten Einhelligkeit zu erfreuen. Spätestens mit einer sich zum Krisendreigestirn gemauserten Gemengelage – der Klimawandel dramatisiert sich, der Ressourcenbasis des Wohlstandsmodells droht

² Vgl. Meadows/Meadows 1972

³ Lehner/Schmidt-Bleek 1999, S. 10

⁴ Vgl. Bovenberg/Mooij 1994; Coulder 1995

⁵ Von Weizsäcker/Lovins/Lovins 1995

⁶ Machnig 2007

⁷ Giegold 2009

ein „Peak Everything“⁸ und die Finanzwelt durchlebt ein nie da gewesenes Chaos – polarisiert sich der Diskurs um eine nachhaltige Zukunftsperspektive. Während eine Seite die Flucht nach vorn antritt und sich in der Beschwörungsrhetorik einer „Wachstumsbeschleunigung“ übt, mehren sich andernorts die Anzeichen für eine Neuauflage der Wachstumdiskussion. Längst ist die Rede von „Wirtschaft jenseits von Wachstum“⁹, „Degrowth“¹⁰, „Décroissance“¹¹, „Postwachstumsökonomie“¹², einem „Vorwärts zur Mäßigung“¹³ einer „La decrescita felice“¹⁴ oder einem „Exit“¹⁵ aus dem Wachstumsdogma.

Unter Berücksichtigung dieses Diskurses schlagen wir vor, dass sich die VÖÖ künftig am Leitbild „Wirtschaft ohne Wachstum“ orientieren sollte. Die Kompromisse, ohne die eine entschlossene Politik wirtschaftlicher Reformen den Weg zu diesem Ziel nicht wird gehen können, dürfen nicht schon das Leitbild kennzeichnen, das dieses Ziel beschreibt.

4 *Wirtschaft ohne Wachstum als neues Leitbild der VÖÖ*

Bei der Behandlung relevanter Fragestellungen zum Verhältnis zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit strebt die VÖÖ den Dialog mit Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen, mit gesellschaftlichen Entscheidungsträgern sowie mit Praktikern an. Die Analyse von Wachstumstreibern bzw. -imperativen erweist sich als derart vielschichtig, dass allein die Anwendung wirtschaftswissenschaftlicher Kompetenz hierzu nicht ausreichen kann. Benötigt werden ebenfalls geisteswissenschaftliche, psychologische, kulturwissenschaftliche sowie soziologische Zugänge.

Auch die Aufarbeitung all jener Kausalitäten, welche die These begründen, dass weiteres wirtschaftliches Wachstum keine Option für das 21. Jahrhundert sein kann, bedarf der Einbeziehung diverser Fachrichtungen.

Schließlich besteht die größte Herausforderung darin, Grundlagen und Prinzipien einer Wirtschaft ohne Wachstum zu entwickeln, die dennoch als progressive und produktive gesellschaftliche Kraft erlebt wird. Von den ohnehin nur wenigen Versuchen, die hierzu bislang unternommen wurden, widmeten sich fast alle ausschließlich der makroökonomischen Ebene. Vernachlässigt wurde, die Implikationen einer politischen Weichenstellung, die sich gegen Wachstum richtet, auf die Mikroebene der Lebensstile und des Managements von Unternehmen zu projizieren. Wenn aber auf die damit verbundenen neuralgischen Fragen keine Antworten gegeben werden können, wird das Unterfangen einer Wirtschaft ohne Wachstum schon deshalb keine

⁸ Heinberg 2007

⁹ Daly 1999

¹⁰ Jackson 2009

¹¹ Latouche 2006

¹² Paech 2008, 2009

¹³ Binswanger 2009

¹⁴ Pallante 2005

¹⁵ Miegel 2010

Akzeptanz finden, weil die Ungewissheit über die Konsequenzen für konkrete Alltagskontexte in Angst und schließlich Abwehr einmünden kann.

Überhaupt glauben wir, dass eine denkbare Überwindung des Wachstumsdogmas letztlich Aufgabe einer kulturellen Transformation, insbesondere gewandelter Lebensstile und damit eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft ist. Wenn dem so ist, kann eine gegen jenes Dogma gerichtete Politik kaum in etwas anderem bestehen als in einer reformorientierten, das freie Handeln der Menschen nicht reglementierenden, sondern begünstigenden Rahmensetzung. Sie müsste es zulassen und fördern, den heutigen Einsichten angepasste Lebensstile oder gemäßigte Konsummuster hervorzubringen und nicht durch bestehende Vorurteile oder Traditionsmuster zu diskreditieren. Dennoch muss beantwortet werden, welche Rolle der Politik, insbesondere dem Staat in einer Wirtschaft ohne Wachstum zukommt. Wie können soziale Sicherheit und Verteilung politisch gestaltet werden, wenn keine Zuwächse mehr vorhanden sind? Welche staatlichen Aufgaben lassen sich auch ohne wachsende Wertschöpfung aufrechterhalten? Der Übergang zu einer Wirtschaft ohne Wachstum wirft solche, aber auch weitere Fragen auf, die sich auf diverse gesellschaftliche Kontexte und Teilsysteme erstrecken. Einige davon sind in der folgenden (nicht Anspruch auf Vollständigkeit erhebenden) „Leitbildsonne“ angedeutet:



Abbildung 1: „Leitbildsonne“

Insbesondere drei aufeinander aufbauende Fragestellungen (bei denen es sich im Übrigen um die Gliederung der sog. „Postwachstumsökonomik“¹⁶ handelt) könnten die weitere Arbeit an der Programmatik strukturieren:

1. Worauf gründen die Wachstumsimperative einer modernen Ökonomie?
2. Was spricht dafür, dass weiteres ökonomisches Wachstum keine Option für das 21. Jahrhundert mehr sein kann?
3. Was wären die Konturen einer Wirtschaft ohne Wachstum?

¹⁶ An der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg wird im Rahmen des Masters „Sustainability Economics and Management“ eine gleichnamige Lehrveranstaltung angeboten. Zudem wird hier seit einigen Semestern regelmäßig die Ringvorlesung zur Postwachstumsökonomie durchgeführt. Siehe www.postwachstumsoekonomie.org.

Die Analyse von Wachstumsursachen oder -treibern umfasst diverse Zusammenhänge, zu denen beispielsweise folgende zählen:

- Politische und soziale Wachstumslogik
- Fortschrittsverständnis von Wissenschaft und Technik
- Innovationswettbewerb
- Zinssystem
- „Wachstumsspirale“ (Binswanger)
- Kultursoziologie und -ökologie: „western civilization“/Positionalität/Steigerung
- Psychologie: Verzichtsangstsyndrom
- Institutionalismus: Legitimation durch Expansion
- Bevölkerungswachstum

Auf diesen Aspekt soll im vorliegenden Impulspapier aber nicht näher eingegangen werden, zumal er nicht zwingend Grundlage eines Leitbildentwurfes ist, sondern Gegenstand weiterer Forschung. Auf die beiden anderen Fragenkomplexe soll aber skizzenhaft eingegangen werden, um Impulse für entsprechende Diskussionen zu geben, nicht um ihren Ergebnissen vorzugreifen. Von grundlegender Bedeutung ist dabei die zweite Kernfrage (Was spricht dafür, dass weiteres ökonomisches Wachstum keine Option für das 21. Jahrhundert mehr sein kann?), ohne deren Beantwortung alle weiteren Überlegungen zur Fundierung einer Wirtschaft ohne Wachstum obsolet sein dürften. Deshalb wird diesem Komplex als einzigem in diesem Impulspapier etwas mehr Raum gewidmet.

Die Frage nach konkreten Politikmaßnahmen und -instrumenten soll aus zwei Gründen nicht Gegenstand des vorliegenden Impulspapiers sein. Dies würde erstens die bevorstehende Diskussion innerhalb der VÖÖ vorwegnehmen. Zweitens bestünde die Gefahr, damit von vornherein Meinungsverschiedenheiten heraufzubeschwören, die sich vermeiden lassen, wenn eine Wirtschaft ohne Wachstum zunächst vom anzustrebenden Zustand her gedacht und beschrieben wird.

5 Wachstum ist keine Option für das 21. Jahrhundert

5.1 Die ökologische Entkopplung des Wachstums scheitert systematisch

Die Fiktion einer auf ökologischer Effizienz und Konsistenz beruhenden Entkopplung ökonomischer, in Geld gemessener Wertschöpfung von Schädigungen des Naturkapitals entbehrt zusehends jeder empirischen und theoretischen Grundlage. Besonders anschaulich wird dies anhand des Klimawandels. Trotz enormer technischer Fortschritte sowohl zur Steigerung der Energieeffizienz als auch zur Nutzung regenerativer Energiequellen nimmt die globale CO₂-Belastung rasant zu. Dies belegt unter anderem eine Studie des „Global Carbon Project“¹⁷. Hier zeigt sich, dass sowohl die Abnahme der Emissionsintensität einer Primärenergieeinheit (ökologische Konsis-

¹⁷ Vgl. Raupach et al 2007

tenz), als auch die Abnahme des Primärenergiebedarfs pro Wertschöpfungseinheit (ökologische Effizienz) ins Stocken geraten sind. Anstelle einer Entkopplung ist vielmehr das genaue Gegenteil, nämlich eine Re-Materialisierung zu beobachten. Aber selbst während vorangegangener Phasen, in denen ein Entkopplungseffekt feststellbar war, hat dieser nicht annähernd den dramatischen Anstieg der CO₂-Emissionen verhindern können.

„Reboundeffekte“ – dieser Sammelbegriff umfasst jene Phänomene, die zum Fehlschlagen oder zur Wirkungslosigkeit von Entkopplungsmaßnahmen führen – sind kein Zufall.¹⁸ Innerhalb eines Systems, dessen einzige Entwicklungsrichtung in der Ausweitung der in ihm angelegten Möglichkeiten liegt, wird selbst die Kritik an einer solchermaßen beschaffenen „Steigerungslogik“¹⁹ letztlich derselben unterworfen, also in die Notwendigkeit weiteren Wachstums transformiert. Demnach entspräche die Energiewende einem Wachstum an Biogasanlagen, Photovoltaik-elementen, Windkraftanlagen, Passivhäusern, Energiesparbirnen, Elektroautos etc. Solange aber diese Maßnahmen erstens additiv sind und zweitens ihrerseits nie gänzlich ohne Energieinput (eingedenk der meist unterschätzten „indirekten“ Energie) auskommen, droht ein Dilemma. Wenn die zur Entkopplung notwendigen neuen Objekte die bisherigen, weniger nachhaltigen Artefakte nicht ersetzen, resultiert materielles Wachstum, das eigentlich vermieden werden sollte.

Kommt es hingegen tatsächlich zur Erneuerung des Bestandes, folgt wiederum ein Wachstum an materiellen Entsorgungsfällen. Auswege aus diesem sog. „Selektionsdilemma“²⁰ setzen gewandelte Produktionsstrukturen voraus. Diese sind als sog. „stoffliche Nullsummenspiele“²¹ darstellbar. Sie bilden eine Kombination aus Nutzungsintensivierung, Nutzungsdauerverlängerung auf Basis flexibler Dienstleistungen, insbesondere Reparaturbetriebe und eigenen handwerklichen Betätigungen. Eng verwoben damit sind Konzepte der Konsumgüterrecycling, die von der Second-Hand-Vermarktung bis zu sog. „Verschenkmärkten“ reichen. Stationen für die Aufarbeitung nebst daran anschließendem Re-Manufacturing können viele Konsumgüter-sparten abdecken. In der Konsequenz kommt dies einem kulturellen Bruch mit dem Wachstumsdogma gleich.

5.2 Wachstum stiftet ab einem gewissen Einkommensniveau kein weiteres „Glück“

Die seit neuestem auch in den Wirtschaftswissenschaften viel beachtete „Glücksforschung“ führt zur Einsicht, dass eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens ab einem bestimmten Niveau keinen weiteren Zuwachs an Glück stiftet. Eine theoretische Begründung dieses Befundes, der sich für alle modernen Konsumgesellschaften empirisch verifizieren lässt²², lieferte bereits der amerikanische Ökonom Hirsch²³. Dem-

¹⁸ Vgl. Paech 2005a, b

¹⁹ Vgl. Gross 1994

²⁰ Paech 2005b, S. 216

²¹ Ebenda

²² Vgl. z. B. Layard 2005

nach ist der Konsumnutzen vieler Güter symbolischer oder demonstrativer Art, beruht also auf sozialem Prestige, Distinktion oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe. Derartige „positionale Güter“ sind von einem Wettbewerb geprägt, „in dem es grundsätzlich um einen höheren Platz innerhalb einer expliziten oder impliziten Hierarchie geht und somit Gewinne für einzelne nur durch die Verluste von anderen möglich sind“²⁴.

Folglich ist ein immer höherer Konsumaufwand vonnöten, um ein bestimmtes, keineswegs steigerbares Glücksempfinden zu behaupten: Mit jedem Wachstumsschub können bestimmte Konsumenten ihren Status verbessern. Insoweit dies zwangsläufig zulasten der relativen Position anderer geschieht, wird weiteres Wachstum benötigt, um die gesteigerte Konsumnachfrage der zuvor ins Hintertreffen Geratenen zu finanzieren. Diese Rückkoppelung – Wachstum erzeugt die Notwendigkeit neuen Wachstums – hat weitere Wirkungen, insoweit die Lebenszufriedenheit auch auf zwischenmenschlichen Beziehungen, der Integrität des sozialen Umfeldes, Erfolg und Anerkennung auf Basis eigener Fähigkeiten, Gesundheit, Sicherheit und einer als intakt empfundenen Umwelt gründet. Eine Glück stiftende Ausschöpfung derartiger Aspekte erfordert kein Geld, sondern einen anderen Input, nämlich Zeit. Andererseits bedeutet die Finanzierung eines immer höheren materiellen Lebensstandards eine Maximierung der Erwerbsarbeit. Dies zeigt sich unter anderem an der schleichenden Etablierung doppelt erwerbstätiger Haushalte. Folglich verbleibt weniger Zeit für bislang in Eigenarbeit ausgeführte Tätigkeiten, wie z. B. Kindererziehung, Nahrungszubereitung, die Pflege des Haushalts oder eines Gartens, die nun ebenfalls in Konsumakte bzw. Dienstleistungen umgewandelt und finanziert werden müssen, was abermals den Bedarf an monetär entgelteter Arbeit erhöht.

Daraus ergeben sich Hinweise für eine wirksame „Glückspolitik“. Diese müsste anstelle einer Maximierung von Erwerbsarbeitsmöglichkeiten das Gegenteil anstreben oder erstrebenswert werden lassen: eine Umverteilung und Reduktion arbeitsteiliger Erwerbsarbeit. Diese Herausforderung stellt sich gerade in Kommunen, denn hier werden jene Räume entwickelt und genutzt, in denen die frei verfügbare Zeit verbraucht werden kann. Versorgungsstrukturen, die darauf beruhen, allein kommerzielle Produkte und Leistungen zu beziehen, könnten umgebaut werden. Dies gelänge, indem Eigenarbeit in Gemeinschaftsgärten, eine Reaktivierung des selbsttätigen Handwerks zwecks Wartung und Instandhaltung von Produkten, Netzwerke des entkommerzialiserten Austausches etc. unterstützt würden. Allein die Schaffung einer anderen Form von innerstädtischer Aufenthaltsqualität, nämlich dergestalt, dass sinnstiftendes Zeitverbringen auch ohne die Notwendigkeit ständigen Konsumierens wieder möglich wird, könnte vieles bewirken. Zweifellos ist das individuelle Glücksempfinden erheblich an herrschende Konventionen und damit auch an die Wachstumskultur gekoppelt. Umso wichtiger wäre es, durch geeignete Rahmenbedingungen das Bewusstsein dafür zu stärken, dass eine neue subjektive Haltung, die stärker auf eigenständiges Handeln als auf bloßes Konsumieren setzt, gerade keinen

²³ Hirsch 1980

²⁴ Hirsch 1980, S. 84

Verzicht auf Glück, insbesondere keinen gesellschaftlichen Positionsverlust bedeuten muss.

5.3 Wachstum als Garant für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit?

Die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums wird oft damit begründet, dass auf diese Weise Armut und Verteilungsungerechtigkeiten gemildert werden könnten. Anstelle einer konfliktreichen Umverteilung vorhandenen Reichtums sei es politisch leichter durchzusetzen, Zuwächse zu generieren, mit denen Bedürftige besser gestellt werden könnten. Aber diese „Friedensstifter“-Logik, der gemäß Verteilungs- und Knappheitsprobleme in Wachstumsforderungen umgewandelt werden, versagt immer offenkundiger. Warum?

Die Erzielung ökonomischen Wachstums ist eng mit den Effizienzvorteilen des Freihandels verbunden. Durch internationale Arbeitsteilung – jedes Land spezialisiert sich auf das, was es am kostengünstigsten herstellen kann und importiert umgekehrt die Dinge, welche in anderen Ländern billiger produziert werden können – kann insgesamt mehr produziert werden, als in einer Welt, deren Länder und Regionen sich nur mit dem versorgen, was sie selbst erzeugen können. Allerdings beruht der Übergang zur überregionalen Spezialisierung auf einem Strukturwandel. Dieser bringt innerhalb der daran beteiligten Regionen notwendigerweise immer Verlierer und Gewinner hervor. Doch eine Umverteilung der Handelsgewinne findet praktisch nie statt. Es ist also kein Wunder, dass der Reichtum bestimmter Gruppen mit einer Verschlechterung der Lebensverhältnisse anderer Gruppen erkaufte wird.

Zudem steigt die schicksalhafte Abhängigkeit vom Ausmaß und der Stabilität des globalen Handels. Letzterer beruhte bislang auf Bedingungen, deren zukünftige Aufrechterhaltung mehr als fraglich ist. Dazu zählt die unbegrenzte Verfügbarkeit fossiler Energieträger, ohne die ein weltweites Transportsystem nicht denkbar ist. Weiterhin können sich die Folgen eines nicht mehr abwendbaren Klimawandels besonders prägnant auf weltweite Wertschöpfungsketten auswirken. Starkregen-, Dürre-, Sturm-, Hochwasser-, Flutereignisse etc. gefährden mit umso höherer Wahrscheinlichkeit Wertschöpfungsprozesse, je größer deren geographischer Radius ist. Eine zukünftige Herausforderung liegt deshalb darin, Versorgungssicherheit von Wachstum und überregionaler Abhängigkeit abzukoppeln. Warum?

Einer der wichtigsten Wachstumstreiber besteht in einem Lebensstil, der vollständig von geldvermittelter und global arbeitsteiliger Fremdversorgung abhängig ist. Je höher das Fremdversorgungs- oder Komfortniveau ist, umso teurer (notwendiges Einkommen) und energieaufwändiger (materielle Basis zur Produktion) ist die Aufrechterhaltung dieser Existenzform. Individuelle Schicksale liegen damit zusehends in den Händen einer nicht mehr steuerbaren und zu Instabilitäten neigenden Weltwirtschaft. Damit rückt eine unausweichliche Eskalation immer näher: Einerseits ist das System auf Gedeih und Verderb von Wachstum abhängig, andererseits beraubt sich das Wachstum seiner materiellen Basis, weil es nicht von Energie und anderen Ressourcenverbräuchen entkoppelt werden kann.

Demgegenüber gewährleisten partiell auf Selbstversorgung und lokalen Austauschbeziehungen beruhende Versorgungsmuster zwar nur einen bescheideneren Güterwohlstand, sind aber von globalisierten und deshalb fremdgesteuerten Wertschöpfungsketten unabhängig, das heißt sie verringern die soziale Labilität: Je kürzer die Distanz zwischen Verbrauch und Produktion, desto unabhängiger vom Wachstum und damit sicherer ist die Versorgung. „Soziale Vulnerabilität“, d.h. ein hohes soziales Absturzrisiko ist das unvermeidliche Merkmal jener Länder, die einen Strukturwandel hin zur arbeitsteiligen und geldbasierten Fremdversorgung vollziehen. Globalisierungsoffer können nur Menschen werden, deren Güterversorgung allein von der Kaufkraft eines monetären Einkommens abhängt und die überdies in Ländern leben, die über kein oder nur über ein rudimentäres soziales Sicherungssystem verfügen. Allerdings: Auch „reiche“ Staaten, die über intakte Systeme der sozialen Absicherung verfügen, welche jedoch wachstumsabhängig sind, werden zukünftig auf neue Grenzen der (staatlichen) Fremdversorgung stoßen.

Ent-monetarisierte Leistungserstellung im lokalen und regionalen Kontext ist dagegen von Turbulenzen des Weltmarktgeschehens nicht anfechtbar. Genau hier liegt der Schlüssel zur globalen Gerechtigkeit, die sich ohnehin nicht auf dem Niveau der im industrialisierten Norden vorherrschenden Konsummuster herstellen ließe. Ein Lebensstil, der global übertragbar wäre, kann nur in einer neu auszutarierenden Kombination aus Selbst- und Fremdversorgung bestehen. Dessen phantasievolle Entwicklung und Verbreitung müsste zuvorderst im prosperierenden Norden beginnen, um als vorgelebter Blueprint für die globale Nachhaltigkeitskommunikation zu dienen. Andernfalls entspräche es blankem Zynismus, den Bewohnern südlicher Armutsökonomien mit der Botschaft zu begegnen, dass der Traum vom wachsenden Konsumwohlstand nach bisherigem nördlichen Muster schlicht unerfüllbar ist. Konsumgesellschaften verlieren die ökonomische Basis für Wachstum

Die auf permanenter Konsum- und Mobilitätssteigerung basierende Ökonomie moderner Industriestaaten stützt sich grob vereinfacht auf eine Ausgaben- und Einnahmenseite. Erstere umfasst den Aufwand an notwendigen Inputs, bei denen es sich um fossile Energieträger – in erster Linie Rohöl – und andere Ressourcen handelt. Demgegenüber beruhte die Einnahmenseite des nördlichen Wohlstandsmodells bislang auf einer als uneinholbar betrachteten internationalen Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere im Bereich wissens- und technologieintensiver Exportgüter. Dieser Innovationsvorsprung schmilzt inzwischen. Absehbar werden die Transferökonomien in der Lage sein, den bisherigen Wohlstandsgewinnern sämtliche komparativen Kostenvorteile streitig zu machen.

Eine mögliche Antwort auf diese Herausforderung bestünde darin, materielle Autonomie und Unabhängigkeit von einem allein geldbasierten Wohlstand anzustreben. Eine auf lokalen Ressourcen basierende und kleinräumige Ökonomie könnte Potenziale einer „De-Globalisierung“²⁵ erschließen. Sie könnte zudem geographisch unmittelbare Stadt-Land-Beziehungen wiederbeleben. Dazu zählt ein stärkerer Akzent auf Regionalversorgung.

²⁵ Bello 2005

6 Konturen einer Wirtschaft ohne Wachstum

Anknüpfend an die obigen Überlegungen können verschiedene konzeptionelle Stränge benannt werden, die sich zu einer Wirtschaft ohne Wachstum ergänzen.²⁶ Sie werden hier lediglich als *Gedankenanstoß, der die Diskussion innerhalb der VÖÖ anregen, aber deren Resultate nicht vorwegnehmen soll*, benannt. Das Konzept ist als Beitrag zum Diskurs um eine nachhaltige Entwicklung zu verstehen, zumal es sich hierbei um eine spezifische, vor allem stringente Auslegung dieser Begrifflichkeit handelt. Hier schließen wir bruchlos an die Tradition der bisherigen VÖÖ-Arbeit an.

(1) Gezielte Entrümpelung und Entschleunigung. Pures Auswechseln bisheriger Konsumlösungen gegen vermeintlich nachhaltigere Varianten reicht nicht im Entferntesten. Nur eine Rückführung von Konsumansprüchen an die Möglichkeiten ihrer nachhaltigen Befriedigung bietet Lösungen. Die damit angesprochene Suffizienzstrategie konfrontiert die verzweifelte Suche nach weiteren Steigerungen von Güterwohlstand und Komfort mit einer Gegenfrage: Von welchen Energiesklaven, Konsum- und Komfortkrücken ließen sich übervolle Lebensstile und schließlich die Gesellschaft als Ganzes befreien? Wer unter einer Lawine von Selbstverwirklichungsangeboten zu ersticken droht, die zudem ständig zeitraubend verglichen, bewertet und ausgewählt werden müssen, verzichtet nicht, sondern befreit sich von Überflüssigem. Es entspricht ökonomischer Logik in Reinform, sich klug jenes Ballasts zu entledigen, der Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen beansprucht, aber nur minimalen Nutzen stiftet.

Durch eine zeitökonomische Rationalisierung von Suffizienz ließe sich ein positives Gegenkonzept begründen. Längst haben moderne Gesellschaften ein Stadium erreicht, in welchem nicht mehr Kaufkraft, sondern Zeit den Engpassfaktor des individuellen Strebens nach Glücks darstellt. Damit Konsumaktivitäten überhaupt Nutzen stiften können, muss ihnen ein Minimum an Aufmerksamkeit gewidmet werden. Da aber das Angebot an Optionen geradezu explodiert, der Tag aber nach wie vor nur 24 Stunden hat, verschärft sich die Verwendungskonkurrenz um die nicht vermehrbare Ressource Zeit, insbesondere wenn sie sich auf eine immer größere Anzahl von Konsumobjekten verteilt. Jedem einzelnen davon wird ein zusehends geringeres Quantum an Aufmerksamkeit zuteil. Damit wird die minimal erforderliche Zeit zum Ausschöpfen konsumtiver Optionen zum Engpassfaktor. Das „Viel-Haben tritt in Widerspruch zum Gut-Leben“ (Sachs 2002, S. 214). Dagegen hilft nur die Konzentration auf eine überschaubare Anzahl von Optionen, denen dann jeweils die Aufmerksamkeit geschenkt werden kann, ohne welche ihnen keine Glück stiftenden Momente abzurufen sind. Deshalb gilt: Wer sich elegant eines ausufernden Wohlstandsballastes entledigt, ist davor geschützt, im Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung orientierungslos zu werden.

(2) Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung. Wo das globalisierte Konsummodell nicht mehr finanzierbar ist, beschwört es soziale Verwerfungen herauf. Wer sich von monetär basierter Fremdversorgung abhängig gemacht hat, lebt stets in der

²⁶ Die folgenden hier nur skizzenhaft dargelegten Merkmale entsprechen einem Konzept, das andersorts als „Postwachstumsökonomie“ bezeichnet wird.

Furcht, „Globalisierungsoffer“ zu werden, wenn die Geld speiende Wachstumsmaschine ins Stocken gerät, Preise steigen, Löhne sinken oder Firmen schließen. Sozial stabil sind nur Versorgungsstrukturen mit geringerer Distanz zwischen Verbrauch und Produktion. Dazu zählt die Reaktivierung von Kompetenzen, manuell und kraft eigener Fertigkeiten Bedürfnisse jenseits kommerzieller Märkte zu befriedigen. Durch eine Umverteilung der Erwerbsarbeit ließen sich Selbst- und Fremdversorgung so kombinieren, dass die Geld- und Wachstumsabhängigkeit sinkt. Eigenarbeit, (urbane) Subsistenz, Community-Gärten, Tauschringe, Netzwerke der Nachbarschaftshilfe, Verschenkmärkte, Einrichtungen zur Gemeinschaftsnutzung von Geräten/ Werkzeugen etc. würde zu einer graduellen De-Globalisierung verhelfen.

(3) Regionalökonomie. Viele Bedarfe ließen sich durch regionale Märkte, verkürzte Wertschöpfungsketten bis hin zu Konzepten wie wie Community Supported Agriculture (CSA) befriedigen. Regionalwährungen könnten Kaufkraft an die Region binden und damit von globalisierten Transaktionen abkoppeln. So würden die Effizienzvorteile einer geldbasierten Arbeitsteilung weiterhin genutzt, jedoch innerhalb eines ökologieverträglicheren und krisenresistenteren Rahmens.

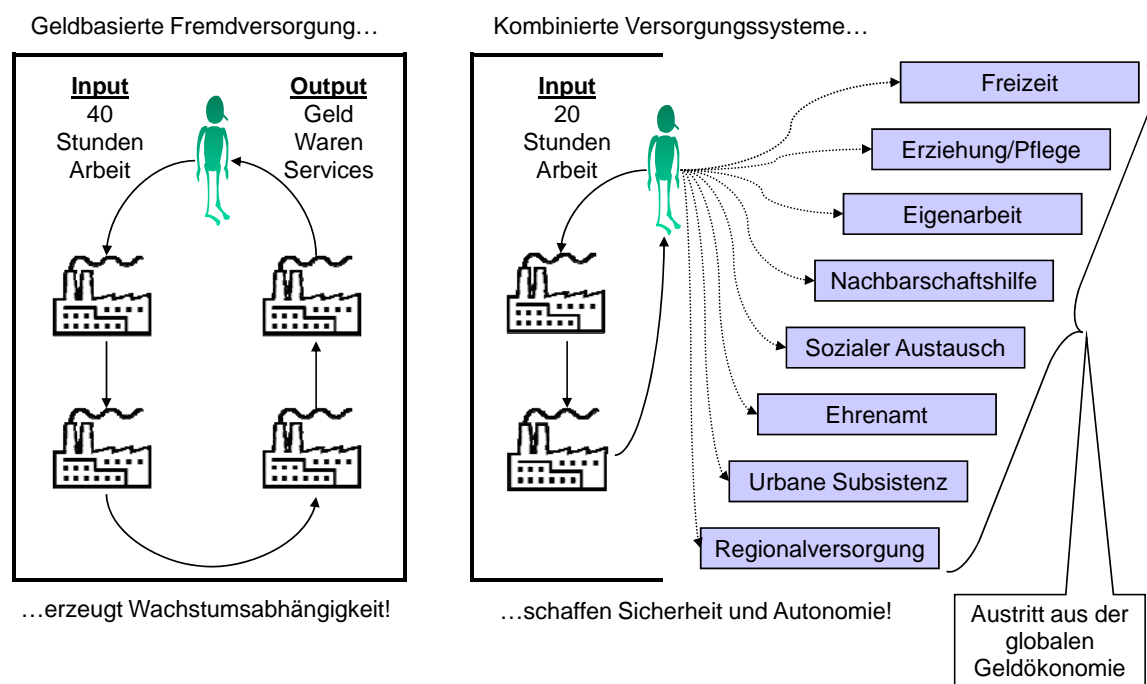


Abbildung 2: Rückbau des geldbasierten Industriesystems

(4) Stoffliche Nullsummenspiele. Konsumansprüche, die sich nicht entrümpeln oder durch lokale/regionale Versorgungsstrukturen substituieren lassen, würden weiterhin innerhalb des globalen Konsummodells befriedigt. Allerdings bräuchte der auf Geldwirtschaft und industrieller Arbeitsteilung basierende Komplex infolge der vorangegangenen drei Strategien – er bildet eine Restgröße – nur noch halb so groß sein. Zudem wäre er so umzugestalten, dass die Neuproduktion von Gütern, die viel langlebiger und reparaturfreundlicher sein müssten, eher eine untergeordnete Rolle spielt. Der Fokus läge auf dem Erhalt, der Um- und Aufwertung vorhandener Produktbestände und Infrastrukturen, etwa durch Renovation, Konversion, Optimierung, Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung. Damit korrespondierende

Produktionsstrategien und Infrastrukturen ließen sich über noch weitgehend unausgeschöpfte Möglichkeiten der Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung dergestalt optimieren, dass ohne zusätzliche materielle Produktion – von „stofflichen Nullsummenspielen“ ist hier die Rede – Werte geschaffen werden. Erst wo auch diese Strategie nicht greift, kämen die vom Mainstream der Nachhaltigkeitsforschung favorisierten Effizienz- und Konsistenzstrategien zur Anwendung. Innerhalb des mit Hilfe der vorangegangenen Strategien zurückgebauten Fremdversorgungssystems wäre der verbleibende Bedarf an Energie und Industrieoutput mittels all jener technischer Innovationen zu optimieren, die an dieser Stelle nicht näher erläutert werden müssen. Insbesondere erneuerbare Energien sowie Konzepte einer „Industrial Ecology“ würden den Kern des Umbaus bilden.

(5) Institutionelle Innovationen. Schließlich sind zwei Rahmenbedingungen nötig, nämlich erstens eine Boden- und Geldreform zur Milderung systemimmanenter Wachstumszwänge. So könnten die erwähnten Regionalwährungen mit einer zinslosen Umlaufsicherung versehen werden. Zweitens ließe sich die noch immer fehlende Abschätzung, Zurechnung und Deckelung von Umweltbeanspruchungen dadurch beheben, dass der dehnbare Nachhaltigkeitsbegriff durch individuelle CO₂-Bilanzen konkretisiert wird. Jede Person hätte ein Anrecht auf dasselbe jährliche Emissionskontingent (ca. 2 – 4 Tonnen), das allerdings handelbar wäre. Die Summe aller Kontingente dürfte höchstens der globalen Gesamtbelastung entsprechen, die mit der Einhaltung des Zwei-Grad-Klimaschutzziels vereinbar wäre.

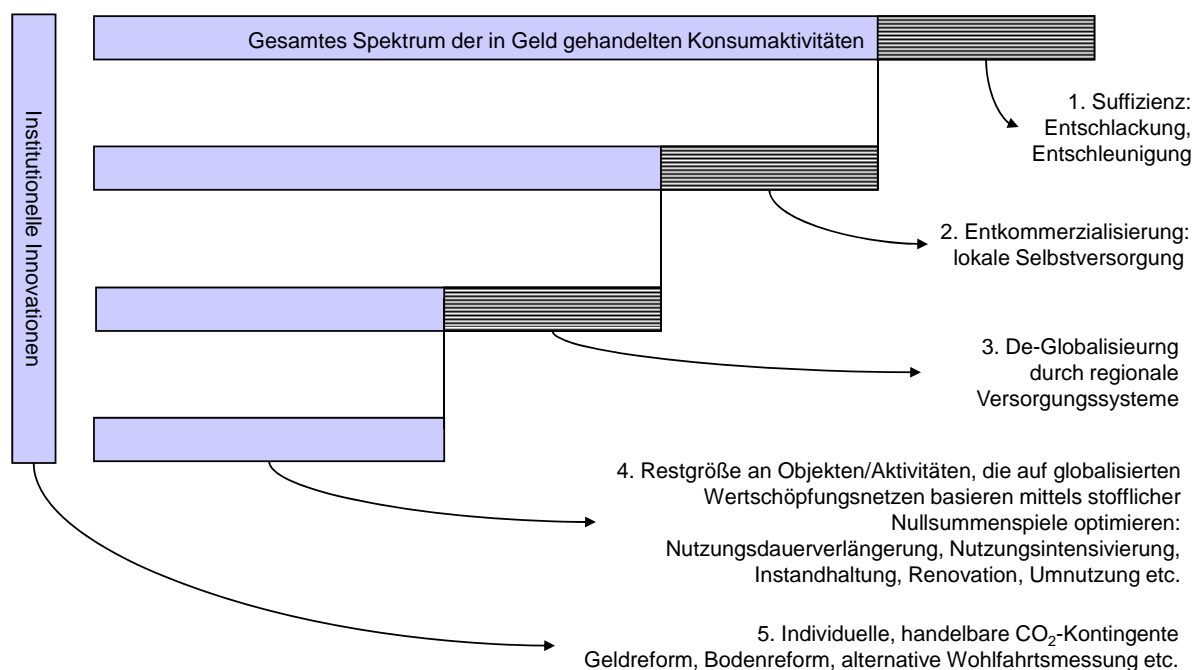


Abbildung 3: Fünf Komponenten der Postwachstumsökonomie

Hohen Klärungs- und Diskussionsbedarf wirft die Frage nach adäquaten Politikmaßnahmen und -instrumenten auf, die den Weg in eine solchermaßen beschaffene

Kombination von Versorgungsstrukturen ermöglichen. Auch in einer Wirtschaft ohne Wachstum werden Märkte, Unternehmen, Geld, Konsumgüter und technische Innovationen benötigt – aber fern einer Kultur der Maßlosigkeit. Denn schließlich macht die Dosis das Gift. Auch das ist Ökonomie.

7 Schlussbemerkung: Eine lohnende Rolle für die VÖÖ

Ein neues Leitbild der VÖÖ soll das bisherige nicht verdrängen, sondern zeitgemäß konturieren. Das hier vorgelegte Impulspapier soll dazu einen Anstoß geben, indem es die Teilnehmer an der Freiburger Tagung zu einer gezielten Vorbereitung auf die dortigen Beratungen einlädt. Es soll keine Diskussionen über andere Auffassungen im Detail ausschließen, sondern möglich machen, ja provozieren, die VÖÖ als progressive Kraft profilieren und für neue Interessenten öffnen. Es soll einen Rahmen setzen, keine Dogmen aufstellen. Dieser soll hinsichtlich einer der umstrittensten Gegenwartsfragen, der Frage weiteren wirtschaftlichen Wachstums, die klare Botschaft aussenden, dass wirkliche Nachhaltigkeit nur erreichbar sein wird, wenn es gelingt, das Konzept einer nicht illusionären und konstruktiv wirksamen Wirtschaft ohne Wachstum ernsthaft anzustreben und mit Leben zu erfüllen.

Weniger entschiedene Konzepte, die sich von den Wachstumsillusionen nur verbal oder bedingt verabschieden, haben genug Befürworter. Insofern täuscht die gegenwärtige Konjunktur wachstumskritischer Stellungnahmen und Tagungen etwas über das wirkliche Problem hinweg. Das Konzept einer Wirtschaft ohne Wachstum jedenfalls wird heute noch von den meisten in den Raum der Illusion verwiesen. Es braucht Unterstützung. Und dies ist eine angemessene, schwierige, aber auch lohnende Aufgabe für die VÖÖ.

Literatur

Bello, W. (2005): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, Hamburg.

Bovenberg, A. L./Mooij, R. A. (1994): Environmental Levies and Distortionary Taxation, in: The American Economic Review Vol. 94/4, S. 1085-1089.

Dahm, D./Scherhorn, G. (2008): Urbane Subsistenz - Die zweiten Quelle des Wohlstands, München.

Daly, H. (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum, Salzburg/München.

Finke, P. (2010): Nachhaltigkeit, Wachstum, Entschleunigung: Visionäre Leitbegriffe, in: Agora 42, Ökonomie, Philosophie, Leben. Heft „Der Faktor Zeit“, Mai/Juni 2010, S. 28-34.

Gigold, S. (2009): Der Green New Deal – Der grüne Pakt mit dem Monster, in: Politische Ökologie 27/118, S. 42-44.

- Goulder, L.H. (1995), Effects of Carbon Taxes in an Economy with Prior Tax Distortions: An Intertemporal General Equilibrium Analysis, in: Journal of Environmental Economics and Management, Vol. 29, S. 271-297.
- Gronemeyer, M. (1988): Die Macht der Bedürfnisse, Reinbek.
- Gross, P. (1994): Die Multioptionsgesellschaft, Frankfurt a. M.
- Heinberg, R. (2007): Peak Everything: Waking Up to the Century of Declines, Gabriola Island.
- Hirsch, F. (1980): Die sozialen Grenzen des Wachstums, Reinbek.
- Jackson, T. (2009): Prosperity without Growth: Economics for a Finite Planet, London.
- Kennedy, M./Lietaer, B. (2004): Regionalwährungen: Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, München.
- Latouche, S. (2006): Le pari de la décroissance, Paris.
- Layard, R. (2005): Die glückliche Gesellschaft, Frankfurt a. M.
- Machnig, M. (2007): Die dritte industrielle Revolution, in: Vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3, S. 71-82.
- Miegel, M. (2010): Exit – Wohlstand ohne Wachstum, Berlin.
- Myers, N./Kent, J. (2005): Die neuen Konsumenten in Entwicklungs- und Transformationsländern und der Einfluss ihres Wohlstands auf die Umwelt, in: Natur und Kultur, 6/1, S. 3-22.
- Paech, N. (2005a): Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung: Hat sich die Wachstumsfrage erledigt?, in: Natur und Kultur 6/1, S. 52-72.
- Paech, N. (2005b): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie, Marburg.
- Paech, N. (2007): Woher kommt der Wachstumszwang?, in: Gaia 16/4, S. 299-300.
- Paech, N. (2008): Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie, in: Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfSÖ) 45/158-159, 2008, S. 10-19.
- Paech, N. (2009): Die Postwachstumsökonomie – ein Vademecum, in: Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfSÖ) 46/160-161, 2009, S. 28-31.
- Pallante, M. (2005): La decrescita felice. La qualità della vita non dipende dal PIL, Roma.
- Raupach, M. R./Marland, G./Ciais, P./Quere, C. L./Canadell, G. C./Klepper, G./Field, C. B. (2007): Global and Regional Drivers of Accelerating CO₂ Emissions, in: Proceedings of The National Academy of Sciences of the USA, 104/24, S. 10288-10293.
- Meyer-Renschhausen, E. (2004): Unter dem Müll der Acker: Community Gardens in New York City, Frankfurt a. M.
- Sachs, W. (2002): Nach uns die Zukunft, Frankfurt a.M.
- Samuelson, P. A. (2004): Where Ricardo and Mill Rebut and Confirm Arguments of Mainstream Economists Supporting Globalization, in: The Journal of Economic Perspectives 18/3, S. 135-146.

Sen, A. (1982): Poverty and Famines. An Assay on Entitlement and Deprivation, Oxford.

Stolper, W. F./Samuelson, P. A. (1941): Protection and Real Wages, in: Review of Economic Studies, 9, S. 58-73.

Ulrich, B. (1997): Deutsch, aber glücklich, Berlin.

Weizsäcker, E. U. von/Lovins, A./Lovins, H. (1995): Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halber Naturverbrauch. München.